

Einbringung
des Entwurfs der Haushaltssatzung 2006
mit dem
Finanz- und Investitionsplan 2005 bis 2009

Paul Berlage
Bürgermeister

Einleitung

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

gestatten Sie mir zu Beginn meiner Rede einen Exkurs in die Finanzpolitik des Landes und Bundes. Anlass dafür ist eine Dokumentation des Deutschen Städte und Gemeindebundes zur Finanzlage der Kommunen in NRW, des Landes- und des Bundes.

Ein erschreckendes Papier wie ich finde. Danach sind die Finanzen auf Bundes- und Landesebene in einer strukturellen Schieflage. Die bisher auf der Arbeitsgrundlage der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen verabschiedeten Maßnahmen zur Entlastung der Kommunen – im Wesentlichen die Absenkung der Gewerbesteuerumlage und die Hartz-IV-Reform – bringen vielerorts nicht den gewünschten Erfolg und ändern schon rein gar nichts an der Schieflage der Kommunalfinanzen. Ernüchternd ist die Erkenntnis deshalb, weil immer wieder bestätigt wird, dass die Kommunen ihre Hausaufgaben zur Konsolidierung der Staatsfinanzen gemacht haben. Als erschreckend sind die Ausführungen zu der weiteren Entwicklung der Kommunalfinanzen zu bezeichnen, falls nicht bald die lang ersehnte Gemeindefinanzreform auf den Weg gebracht wird, die ihren Namen wirklich verdient.

Die eigentliche Schieflage meine sehr verehrten Damen und Herren, ergibt sich zum einen aus den immer weiter sinkenden von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage abhängigen Steuereinnahmen der Gemeinden. Gemeint sind hiermit in erster Linie die Gewerbesteuer sowie der gemeindliche Anteil an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer. Aber auch mittelbar bekommen die Kommunen die allgemeine wirtschaftliche Lage durch sinkende Schlüsselzuweisungen zu spüren. Auf der anderen Seite steigen die Sozialausgaben weiter dramatisch an. Der

Deutsche Städte- und Gemeindebund spricht im Bereich der Steigerung der so genannten Hilfen in besonderen Lebenslagen und der Hilfe zur Pflege von bedrohlichen Dimensionen bzw. einer besonderen finanzwirtschaftlichen Sprengwirkung. Der schleichende Prozess der demografischen Entwicklung wird diesen Trend der steigenden Sozialausgaben weiter verstärken.

Die Kommunen haben ihre Hausaufgaben deshalb gemacht, weil sie bei gleichzeitig ungünstigerem Einnahmeverlauf stärker als Bund und Länder Schulden abgebaut, Personal frei gesetzt und Leistungen reduziert haben. Sie haben somit ihren Beitrag zur Konsolidierung der Staatsfinanzen geleistet. Strukturelle Reformen, die nicht nur die Einnahmeseite im Blickfeld, sondern vielmehr die Ausgabeseite kritisch beleuchten müssen jedoch in absehbarer Zeit her, um diesen Konsolidierungskurs weiter fortsetzen zu können. Zur Erinnerung: es befinden sich derzeit rd. 200 von 396 Kommunen in der Haushaltssicherung, ein Großteil mittlerweile sogar in der vorläufigen Haushaltsführung.

Haushalt 2005

Bevor ich mich nun dem Haushalt 2006 widme, möchte ich noch einmal einen kurzen finanzwirtschaftlichen Rückblick auf das Jahr 2005 werfen.

Schon bei meiner letzten Rede habe ich auf den vorangegangenen Haushalt Bezug genommen und einige Ratsmitglieder haben mich gefragt, „was hat der aktuelle Haushalt mit dem Entwurf des neuen Haushaltes zu tun?“

Sehr viel wie - ich finde. Auch wenn der Jahresabschluss 2005 noch nicht vorliegt, sind die Tendenzen des Haushaltes 2005 wichtig für Ihre

Einordnung des Haushaltes 2006. Z.B. wenn der Verwaltungshaushalt des laufenden Jahres nicht ausgeglichen werden kann, müssen daraus zwangsläufig Konsequenzen gezogen werden.

Wie ich Ihnen bereits mit Finanzzwischenbericht in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 07.11.2005 dargestellt habe, stellt sich der voraussichtliche Abschluss des laufenden Haushaltsjahres insbesondere im Verwaltungshaushalt positiver dar als zunächst angenommen.

Der Haushaltsplan des laufenden Jahres sieht für die Deckung des Fehlbetrages im Verwaltungshaushalt eine Rücklagenentnahme in Höhe von rd. 923.000 € vor. Für den Ausgleich des Vermögenshaushaltes ist außerdem eine Rücklagenentnahme in Höhe von 683.000 € und eine Kreditaufnahme in Höhe von rd. 786.000 € vorgesehen.

Ich gehe davon aus, dass wir den Verwaltungshaushalt des Jahres 2005 aus eigener Kraft ausgleichen und darüber hinaus auch auf die Kreditaufnahme für den Vermögenshaushalt verzichten können.

Die Gründe für diese überaus positive Entwicklung sind:

- Ein wiederholt höheres Gewerbesteueraufkommen als geplant. Brutto derzeit rd. 580.000 €, d. h. nach Abzug der neuen Gewerbesteuerumlage bleiben uns knapp 450.000 €.
- Mehreinnahmen bei den Grundsteuern A und B in Höhe von rd. 103.000 €,
- Mehreinnahmen bei der Kostenerstattung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz durch eine Nachzahlung für die Jahre 2000 bis 2002 von rd. 86.000 €,
- Mehreinnahmen bei den Konzessionsabgaben in Höhe von 93.100 €

- Einsparungen bei den Schülerbeförderungskosten in Höhe von 30.000 €
- Einsparungen bei den Darlehenszinsen in Höhe von 70.000 €
- sowie weitere kleinere Veränderungen

die im Ergebnis dazu führen, dass auf die veranschlagte Rücklagenentnahme für den Ausgleich des Verwaltungshaushaltes verzichtet werden kann. Wir werden also mehr Geld in der allgemeinen Rücklage behalten, als nach der derzeitigen Planung angenommen.

Haushalt 2006

Lassen Sie mich nun zum eigentlichen Haushalt des kommenden Jahres kommen.

Der Haushalt ist in mehrfacher Hinsicht ein besonderer. Die wesentlichen Eckpunkte lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Erstmals haben wir wegen des neuen Eigenbetriebes keine Kosten für die Abwasserbeseitigung im Haushalt
- Der Verwaltungshaushalt hat ein Defizit von 925.000 €
- Der Vermögenshaushalt hat ein Investitionsvolumen von 5,2 Mio. €; obwohl ca. 1,5 Mio. € Investitionen für die Kanalisation jetzt nicht mehr enthalten sind
- Wir erwirtschaften im Vermögenshaushalt einen Überschuss von ca. 450.000 €
- Die Stadt ist im Kernhaushalt schuldenfrei.

(Zum Vergleich: in NRW sind von 396 kreisangehörigen Kommunen 5 Kommunen komplett schuldenfrei; 7 Kommunen im Kernhaushalt schuldenfrei)

Warum ist das möglich?

Seit 1997 hat die Stadt keine Kredite mehr aufgenommen nur noch konsequent Schuldenabbau betrieben; ca. 350.000 € im Jahr. Die Schulden, die dann noch vorhanden waren, wurden dem Abwasserbetrieb zugeordnet und die Restschuld wurde getilgt.

Auch wenn sich sich die Gesamtschulden nur unwesentlich geändert haben, ist in dieser Zeit von finanzpolitischen Katastrophenmeldungen (Schulden des Landes und des Bundes, erhöhte Kosten für die Energieversorgung etc.) ein sehr positives Signal. Dieses Signal wird sich als günstiger Standortfaktor für die Stadt sowohl für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden als auch für Neubürger herausstellen.

Doch nun zunächst zu den Eckdaten und den wesentlichen strukturellen Veränderungen gegenüber dem bisherigen Haushaltsplan.

Eckdaten:

| | Haushaltssatzung | | Differenz | |
|------------------------------------|------------------|--------------|---------------|----------|
| | 2006 | 2005 | | in % |
| <u>Volumen Verwaltungshaushalt</u> | | | | |
| Einnahmen | 15.287.730 € | 17.640.690 € | - 2.352.960 € | - 13,3% |
| Ausgaben | 15.287.730 € | 17.640.690 € | - 2.352.960 € | - 13,3% |
| <u>Volumen Vermögenshaushalt</u> | | | | |
| Einnahmen | 5.197.340 € | 4.947.650 € | 249.690 € | 5,0 % |
| Ausgaben | 5.197.340 € | 4.947.650 € | 249.690 € | 5,0 % |
| insgesamt: | 20.485.070 € | 22.588.340 € | -2.103.270 € | - 9,3% |
| Kredite | 0 € | 786.000 € | - 786.000 € | 100 % |
| Verpflichtungsermächtigungen | 987.000 € | 2.915.000 € | - 1928.000 € | - 66,1 % |

Der Gesamthaushalt hat ein Volumen von nahezu 20,5 Mio. € (genau 20,485 Mio. €) = - 13,3% Verringerung gegenüber dem Vorjahr, davon entfallen rd. 15,3 Mio. € auf den Verwaltungshaushalt und 5,2 Mio. € auf den Vermögenshaushalt.

Die Verringerung des Haushaltsvolumens ist im Wesentlichen auf die von Ihnen beschlossene Errichtung des Abwasserwerkes Drensteinfurt zurückzuführen. Die Reduzierung beläuft sich auf rd. 2,3 Mio. €.

Die Höhe der Einnahmen des Verwaltungshaushaltes wird weiterhin überwiegend gesteuert durch die konjunkturabhängigen Einnahmen. Dies betrifft unmittelbar die Einnahmen aus dem Anteil an der Einkommenssteuer und die Gewerbesteuer und mittelbar vor allem auch die Schlüsselzuweisungen.

Trotz aller Sparbemühungen konnte der Verwaltungshaushalt nicht ausgeglichen aufgestellt werden, d. h. wir geben für laufende Unterhaltungs-, Sach- und Personalausgaben mehr Geld aus, als wir einnehmen können.

Dieses Mehr beläuft sich in 2006 auf 925.440 €, in 2007 auf 598.665 € und in 2008 auf 245.060 €. Nur der Verwaltungshaushalt des Finanzplanungsjahres 2009 sieht aufgrund einer eher optimistischen Einschätzung der finanzwirtschaftlichen Lage wieder einen originären Ausgleich vor. Das Defizit im Verwaltungshaushalt entspricht ca. 6% des Volumens des Verwaltungshaushaltes. Bei günstigem Verlauf des Verwaltungshaushaltes besteht daher durchaus die Möglichkeit des Ausgleiches.

Im Vermögenshaushalt stellt sich die Situation zumindest in 2006 anders dar. Der Überschuss im Vermögenshaushalt des Jahres 2006 in Höhe von rd. 450.000 € resultiert im Wesentlichen aus den bisher sehr gut verlaufenden Grundstücksverkäufen im Baugebiet Meerkamp in Rinkeerde.

Um den Verwaltungshaushalt auszugleichen ist daher nur noch ein Rückgriff durch eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von rd. 475.000 € erforderlich.

Zu Beginn meiner Rede habe ich einige Unsicherheiten erwähnt. Eine dieser Unsicherheiten besteht in den bisher nicht bekannten Finanzausgleichsdaten, nämlich im Wesentlichen den Schlüsselzuweisungen und den Investitionspauschalen. Bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes bin ich noch von einem gleich bleibenden Schlüsselzuweisungsniveau ausgegangen. Vor wenigen Tagen hat uns über den Städte- und Gemeindebund NRW die Nachricht über die Ergebnisse der Klausursitzung der Landesregierung zum Haushalt 2006 erreicht.

Für Schlüsselzuweisungen stehen im Steuerverbund 2006 danach rd. 5,8 % weniger als im Vorjahr zur Verfügung. Dies bedeutet grundsätzlich weiter sinkende Schlüsselzuweisungen und damit weiter sinkende Einnahmen im Verwaltungshaushalt.

Die Mittel der Schul- und Sportpauschale für Investitionen werden voraussichtlich ungekürzt weiter gewährt. Gekürzt wird jedoch die allgemeine Investitionspauschale um voraussichtlich 20 %.

Eine Proberechnung, die genauere Daten über die Höhe der Schlüsselzuweisungen enthält, wird voraussichtlich Ende Januar bekannt gegeben, also noch rechtzeitig vor Beschlussfassung über den endgültigen Haushaltsplan.

Die Realsteuerhebesätze werden in 2006 nicht angehoben. Das heißt es bleibt bei gleichbleibenden Hebesätzen bei den Grundsteuern A und B sowie bei der Gewerbesteuer. Des Weiteren wurden, wie bereits durch den Haupt- und Finanzausschuss beschlossen, die Gebühren in einzelnen Bereichen sogar gesenkt (Abfallbeseitigungsgebühren) oder nur sehr moderat (Friedhofsgebühren) angehoben.

Doch nun zu den einzelnen Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen Verwaltungshaushalt

Grundsteuern A und B

Die Grundsteuern A und B erweisen sich weiterhin als stabile und verlässliche Einnahmesäulen. Angesichts der allgemeinen finanzwirtschaftlichen Situation erhält die Grundsteuer hierdurch einen neuen Stellenwert. Hier ist aufgrund der allgemeinen Entwicklungen Drensteinfurts mit Mehreinnahmen in Höhe von insgesamt rd. 68.000 € gegenüber dem Vorjahr zu rechnen.

Gewerbsteuer

Die Gewerbsteuer hat sich bereits in der Vergangenheit als äußerst schwierig bzw. nicht mehr prognostizierbar erwiesen.

Mit dem Rechnungsergebnis 2002 haben die Gewerbesteuerereinnahmen zumindest in Drensteinfurt aus heutiger Sicht ihren Tiefststand erreicht. Nach steigenden Einnahmen in 2003 und 2004 ist eine weitere positive Entwicklung in 2005 festzustellen. Der Haushaltsansatz wurde daher um 100.000 € erhöht auf 2.300.000 € festgeschrieben.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer/Umsatzsteuer

Der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer entwickelt sich nach den Ergebnissen der November-Steuerschätzung leicht besser als zunächst angenommen. Auf der Grundlage der Schätzergebnisse bleibt er zwar weiterhin auf einem niedrigen Stand.

Der nunmehr festgesetzte Haushaltsansatz in Höhe von 3.964.000 € bedeutet jedoch eine Mehreinnahme gegenüber dem Vorjahr in Höhe von rd. 40.000 €.

Schlüsselzuweisungen

Wie bereits erwähnt, liegen bisher keine Daten im Bezug auf die zu erwartenden Schlüsselzuweisungen vor. Im Ergebnis ist mit einem Betrag von 2.540.000 € eine nahezu unveränderte Fortschreibung des Vorjahresansatzes erfolgt. Hier ist gegebenenfalls eine Korrektur im Rahmen der Haushaltsplanberatungen vorzunehmen.

Ausgaben Verwaltungshaushalt

Doch nun zu den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes. Zu nennen sind hier insbesondere

- die Personalausgaben
- die sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben und
- natürlich die Kreisumlage.

Personalausgaben

Die Personalausgaben des Sammelnachweises wurden wie im vergangenen Jahr einer kritischen Überprüfung unterzogen. Wie Sie wissen, wird ein Teil des städtischen Personals mit Wirkung ab 2006 im Wirtschaftsplan des Abwasserwerkes geführt. Die Personalausgaben des Kernhaushaltes sinken somit. Allerdings ergibt sich bereinigt um diese Ausgliederung eine Personalkostensteigerung in Höhe von rd. 60.000 € oder 1,7%.

Rechnet man jedoch die von der Agentur für Arbeit erwartete Personalkostenerstattung in Höhe von voraussichtlich 168.000 € gegen, so ergibt sich eine insgesamt betrachtet, eine Deckelung der Personalausgaben. Die vorgenannte Erhöhung setzt sich neben anstehenden Beförderungen und Höhergruppierungen (+ 14.000 €) im Wesentlichen aus der tarifvertraglich vorgesehenen Gewährung einer Einmalzahlung für die tariflich Beschäftigten (+ 20.000 €), der ganzjährigen Berücksichtigung des Personalaufwandes einer Mitarbeiterin in der ARGE (+ 20.000) und der Berücksichtigung von Aufstockungsleistungen im Rahmen der Altersteilzeitregelungen zusammen. Die steigenden Versorgungskassenbeiträge der tariflich Beschäftigten von 6,5% auf 7% verursacht ebenfalls Mehrausgaben in Höhe von annähernd 13.000 €.

Die Personalausgabenquote, d. h. das Verhältnis der Personalausgaben des Kernhaushaltes zum Gesamthaushaltsvolumen beläuft sich damit auf 23,5%. Berücksichtigt man die Erstattungsleistung der Agentur für Arbeit reduziert sich die Personalausgabenquote auf 22,3% ein im kommunalen Vergleich ausgesprochener geringer Prozentsatz.

Sachkosten

Die sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben erfahren mit einem Ansatz von rd. 4,6 Mio. € eine erhebliche Senkung gegenüber dem Vorjahr. Diese Senkung ist jedoch im Wesentlichen auf die Ausgliederung der Abwassergebührenhaushalte zurückzuführen. Die nunmehr veranschlagten Verwaltungs- und Betriebsausgaben wurden ebenfalls kritisch auf Einsparungen hin überprüft.

Die betriebsbedingt notwendigen Ausgaben zur Unterhaltung der städtischen Gebäude und der Infrastruktur haben ihren Niederschlag gefunden.

Eine strukturelle Veränderung des Haushaltsplanentwurfes 2006 gegenüber dem Vorjahr besteht in der Ausweisung von Produkten. In einem ersten Schritt werden die von der Verwaltung auf der Grundlage des zum 01.01.2005 in Kraft getretenen Gesetzes über das Neue Kommunale Finanzmanagement erarbeiteten Produkte abgebildet.

Für die weitere Umsetzung der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements sind auch in 2006 Kosten für externe Gutachter und Beratungsleistungen in Höhe von 20.000 € erforderlich.

Auch unter den Bereich des sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwandes fallen die Erstattungsleistungen für Unterkunft und Heizung an den Kreis Warendorf im Rahmen der Hartz-IV-Regelungen. Die Veran-

schlagung der Kosten für Unterkunft und Heizung in den jeweiligen Haushalten der Städte und Gemeinden nach dem so genannten Herforder Modell wurde erst im Rahmen der letztjährigen Haushaltsplanberatungen umgesetzt. Diese Art der Veranschlagung soll auch für das Haushaltsjahr 2006 fortgesetzt werden. Der Haushaltsansatz des letzten Jahres belief sich auf 840.000 €, das vorläufige Rechnungsergebnis liegt bei rd. 828.000 € also nahezu eine Punktlandung. Zu berücksichtigen ist hierbei jedoch, dass im Haushaltsjahr 2005 lediglich 10 Monate zur Abrechnung gelangt sind. In 2006 sind jedoch 12 Monate mit dem Kreis kassenwirksam abzurechnen. Würden die Ausgaben entsprechend hochgerechnet, ergäbe sich ein Haushaltsansatz in Höhe von rd. 1.000.000 €.

Im Ergebnis führt die Hartz-IV-Reform für den Haushalt der Stadt Drensteinfurt zu einer Mehrbelastung von rd. 230.000 €. Diese Zahlen, die ja bei der letzten Haushaltsberatung schon angekündigt waren, – und teilweise massiv bestritten wurden – sind jetzt amtlich.

Wenn die Bundesregierung Ihre Vorhaben umsetzt und den Bundesanteil an den Unterkunftskosten von 29,1% auf 0 reduziert, bedeutet das für uns eine weitere Verschlechterung von ca. 300.000 €.

Ich erinnere nochmals daran, dass Harz IV ein Teil der Finanzreform sein sollte, die den Kommunen 2,5 Mrd. € Einsparungen bringen sollte.

Die Städte wollen aber auf die hohen Kosten reagieren. Die Bürgermeisterin und Bürgermeister sämtlicher Städte und Gemeinden sehen sich in der Verantwortung, die Zahl der Bedarfsgemeinschaften von derzeit kreisweit rd. 9.700 Fällen um rd. 10% bis zum Jahresende zu reduzieren. Folgerichtig wurde der Haushaltsansatz auf 940.000 € festgesetzt. Dies bedeutet gegenüber der Veranschlagung in 2005 immer noch eine Mehrausgabe in Höhe von 100.000 €.

Kreisumlage

Die Kreisumlage darf selbstverständlich bei der Betrachtung der Ausgabeansätze im Verwaltungshaushalt nicht fehlen, da sie in 2006 mit nahezu 35 % den mit Abstand größten Anteil am Gesamtausgabevolumen des Verwaltungshaushalts der Stadt Drensteinfurt einnimmt.

In seinem Eckdatenpapier weist der Kreis Warendorf auf die bereits eingangs meiner Rede erwähnten Kosten der demografischen Entwicklung hin. Die Ausgaben im Bereich der Hilfe zur Pflege steigen in 2006 voraussichtlich um 200.000 € bzw. 3,2% und die Ausgaben für die Grundversicherung im Alter sogar um 725.000 € oder 14,6% gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt ist es dem Kreis jedoch möglich, durch eigene Konsolidierungsmaßnahmen den Satz der allgemeinen Kreisumlage unverändert auf dem derzeitigen Niveau von 32,6% zu halten. Der Satz der Jugendamtsumlage wird nach dem derzeitigen Kenntnisstand von 17,0% um 0,5% auf 16,5% gesenkt.

Dennoch ging der Kreis Warendorf aufgrund der gestiegenen Steuerkraft der Städte und Gemeinden von steigenden Umlagegrundlagen aus, die auch bei der Berechnung der Kreisumlage zugrunde gelegt wurden. Die Kreisumlage ist unter der Berücksichtigung der Finanzausgleichsdaten nunmehr neu zu berechnen und im Rahmen der Etatberatungen zu überarbeiten.

Freiwillige Leistungen

Und nun meine Damen und Herren zu einem für die meisten wieder spannenderem Thema den freiwilligen Leistungen.

Wie im vergangen Jahr vertrete ich nach wie vor die Auffassung, dass weitere Kürzungen in diesen Bereichen, die Existenz einiger Einrichtungen bedrohen würde und das Angebot in der bisherigen Form so nicht weiter aufrecht erhalten werden könnte. In einer Zeit der knappen Kassen der öffentlichen Haushalte sind diese umso mehr auf ein starkes bürgerschaftliches Engagement angewiesen, wie es hier beispielhaft in Drensteinfurt, Rinkerode und Walstedde vorzufinden ist. Und deshalb meine Damen und Herren enthält auch der Haushaltsplanentwurf 2006 freiwillige Leistungen angefangen

- bei den Jubiläumszuwendungen an die Vereine,
- den Zuschüssen an die Feuerwehren,
- an die Musik- und Volkshochschule,
- an die Büchereien,
- den Zuschüssen zur Jugendarbeit,
- den Betriebskostenzuschüsse zu den Kindertagesstätten,
- den Zuschüssen an die Sportvereine,
- bis hin zu den Zuschüssen zu den Kosten des Nachtbusses.

in dem Umfang des vergangenen Jahres.

| HH.Stelle | Bezeichnung: | HH-Ansatz 2005 in € | HH-Ansatz 2006 in € | Differenz in € |
|-----------|---|---------------------------|---------------------------|-------------------|
| 0000.7180 | Zuschüsse zu Vereinsjubiläen | 1.000 | 1.000 | 0 |
| 1200.7180 | Zuschüsse für Vereine und Verbände: Umweltschutz | 250 | 250 | 0 |
| 1300.7180 | Förderung von freiwilligen Feuerwehren | 5.000 | 5.000 | 0 |
| 1300.7180 | Zuschüsse zur Wartung der Löschwasserteiche | 0 | 3.000 | 3.000 |
| 3320.7180 | Zuschüsse an Vereine | 1.400 | 1.400 | 0 |
| 3330.7130 | Zuschüsse an die Musikschule Beckum-WAF | 33.000 | 33.500 | 500 |
| 3400.7180 | Zuschüsse an Vereine der Heimatpflege | 310 | 310 | 0 |
| 3500.7130 | Zuschüsse an die VHS Ahlen | 12.300 | 15.500 | 3.200 |
| 3520.7180 | Zuschüsse an Büchereien | 1.030 | 1.030 | 0 |
| 4100.7120 | Finanz. Beteil. a.d.SH-Leist. d. Kreises | 7.500 | 0 | -7.500 |
| 4601.7180 | Zuschüsse zur Unterhaltung Kinderspielplätze | 0 | 250 | 250 |
| 4603.7180 | Zuschuss Ortsjugendring Rinkerode | 1.500 | 2.000 | 500 |
| 4604.7181 | Zuschüsse an Vereine und Verbände | 13.000 | 13.000 | 0 |
| 4604.7183 | Zuschüsse zum Jugendwerk DRIWA | 4.000 | 4.000 | 0 |
| 4640.7180 | Betriebskostenzuschüsse Kindergärten | 175.000 | 170.000 | -5.000 |
| 4640.7181 | Kostenerst. f. d. Kindergarten Ameke | 4.600 | 4.600 | 0 |
| 4700.7180 | Zuschüsse z. Förd. d. Entw.-Zusammenarb. | 1.600 | 1.600 | 0 |
| 4700.7181 | Zuschüsse an caritative Verbände | 200 | 200 | 0 |
| 4700.7182 | Zuschüsse an den DAF | 510 | 510 | 0 |
| 4700.7183 | Zuschüsse für Altenbegegnungsstätten | 3.100 | 3.100 | 0 |
| 4700.7184 | Zuschüsse Kleiderkammer MHD | 150 | 150 | 0 |
| 5500.7181 | Zuschüsse Sportver. z. Förd. d. Jugendsportes | 7.210 | 7.210 | 0 |
| 5600.7180 | Zuschüsse zu den Betriebskosten | 1.380 | 1.380 | 0 |
| 6900.7130 | Erschwererbeitrag an Unterhaltungsverbände | 62.500 | 75.500 | 13.000 |
| 6900.7131 | Flächenbeitrag an Unterhaltungsverbände | 150.000 | 150.000 | 0 |
| 7910.7180 | Zuschüsse zu den Kosten der Weihnachtsbeleuchtung | 0 | 1.200 | 1.200 |
| 7920.7160 | Zuschüsse zu den Kosten des Nachtbusses | 15.500 | 15.500 | 0 |
| | Zuschüsse insgesamt (Grupp.-Nr. 71): | 502.040 | 511.190 | 9.150 |

Diese freiwilligen Leistungen bringen meiner Auffassung nach - finanzwirtschaftlich leider nicht konkret messbar – vielfältigen Ertrag und gewissermaßen Zinseszins und sie sind deshalb für mich wichtiger Bestandteil des Haushaltsplanentwurfes.

Entnahme aus der allgemeinen Rücklage

Wie bereits eingangs ausgeführt, bedarf es zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes einer Rücklagenentnahme. Diese beläuft sich für das Jahr 2006 aufgrund des Überschusses im Vermögenshaushalt auf rd. 475.000 €. Der Fehlbedarf des Verwaltungshaushaltes insgesamt beträgt rd. 925.000 € und erreicht damit ziemlich genau das Niveau des Vorjahres. In den Jahren 2007 und 2008 sind weitere Rücklagenentnahmen für den Ausgleich des Verwaltungshaushaltes in Höhe von 598.000 € und 244.000 € erforderlich. Auf eine Gesamtbetrachtung des Rücklagenbestandes gehe ich später noch ein.

Ausgaben Vermögenshaushalt

Der Vermögenshaushalt 2006 einschließlich der Finanzplanungsjahre 2007 bis 2009 umfasst ein Gesamtvolumen von rd. 12,4 Mio. €. Hiervon entfallen auf das Jahr 2006 Mittel in Höhe von knapp 5,2 Mio. €. In dieser Summe enthalten ist jedoch auch die Zuführung an den Verwaltungshaushalt in Höhe von 925.000 € sowie 75.000 € für den Ausgleich des Gebührenhaushaltes Abfallbeseitigung.

Auf

- den Erwerb von Grundstücken entfallen rd. 1,37 Mio. €
- den Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens entfallen 432.800 €
- auf Baumaßnahmen 2,152 Mio. €
- auf Zuweisungen an das Land 83.000 € (Krankenhausinvestitions-pauschale)
- und auf die außerordentliche Tilgung der verbleibenden Darlehensschuld 130.000 €

Doch nun zu den konkreten Maßnahmen:

Stadtentwicklung

Wohnentwicklung/Erschließung

Wir wollen eine wachsende Stadt bleiben, sodass wir weitere Wohnbauflächen in allen Ortsteilen benötigen. Dies beweisen die bisher getätigten Grundstücksverkäufe im Baugebiet Meerkamp in Rinkerode eindrucksvoll.

Die Ausgaben, die die Stadt in die Realisierung der Baugebiete Meerkamp und Kerkpatt investiert, machen einen Großteil des Vermögenshaushaltes 2006 aus. Allein im Jahr 2006 beträgt das Investitionsvolumen hier rd. 2,1 Mio. €. Neben den allgemeinen Planungsausgaben und dem Grunderwerb sind auch die Kosten für die Erschließung der beiden Wohnbaugebiete in dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf und dessen Finanzplanung enthalten.

| Bezeichnung | HH-Ansatz 2006 in € | Finanzplanung | | |
|------------------------------|---------------------------|---------------|--------------|--------------|
| | | 2007 in € | 2008 in € | 2009 in € |
| Ausgleichsbeträge Meerkamp | 1.223.000 | 388.000 | 0 | 0 |
| Kosten der Umlegung Meerkamp | 40.000 | 0 | 40.000 | 0 |
| Kosten der Erschließung | 580.000 | | | |
| Ausgleichsbeträge Kerkpatt | 0 | 140.000 | 140.000 | 0 |
| Kosten der Umlegung Kerkpatt | 85.000 | 0 | 0 | 0 |
| Kosten der Erschließung | 235.000 | | 185.000 | |
| Summe: | 2.163.000 | 528.000 | 365.000 | 0 |

Dieses Baulandmanagement ermöglicht es der Stadt, eine stetige Entwicklung sicher zu stellen und zudem der steigenden Baupreisentwicklung entgegenzuwirken. Hinzu kommt, dass die Allgemeinheit über diese

Art der Baulandentwicklung an den Wertzuwächsen partizipiert und diese Mittel wiederum für wichtige Zukunftsinvestitionen (wie z. B. der Bildung) verwenden kann.

Damit wir nicht nur quantitativ wachsen sondern auch qualitativ möchte ich im Jahre 2006 einen Architekturwettbewerb durchführen mit dem Ziel für anspruchsvolles Bauen zu sensibilisieren.

Im letzten Jahr habe ich Sie an dieser Stelle ausdrücklich auch auf die damit verbundenen Risiken hingewiesen. Risiken, die natürlich hauptsächlich in der anschließenden Vermarktung der baureif erschlossenen Grundstücke bestehen. Nunmehr freue ich mich, Ihnen die Mitteilung machen zu können, dass die Umsetzungsstrategie des Bodenmanagements zumindest im Baugebiet Meerkamp bereits erste Früchte trägt, die ihren Niederschlag in der Veranschlagung der Verkaufserlöse und Erschließungsbeiträge finden. Auf die Einnahmesituation komme ich jedoch später noch zu sprechen.

Doch nicht nur für die Wohnbaulandentwicklung wurden Mittel bereitgestellt. Auch für die Weiterentwicklung der Stadt Drensteinfurt als Wirtschaftsstandort sind Mittel für die Erschließung des Gewerbegebietes Viehfeld vorgesehen. Hier wurden jedoch für 2006 lediglich Verpflichtungsermächtigungen in entsprechender Höhe bereitgestellt. Mit den Erschließungsarbeiten soll erst in 2007 begonnen werden.

Neben der Erschließung neuer Baugebiete sind weitere Mittel für den Endausbau in verschiedenen Baugebieten vorgesehen.

| Bezeichnung | HH-Ansatz 2006 in € | Finanzplanung | | |
|--|---------------------------|---------------|--------------|--------------|
| | | 2007 in € | 2008 in € | 2009 in € |
| Endausbau Heuweg | 0 | 0 | 140.000 | 0 |
| Endausbau Feller Gärten | 0 | 350.000 | 0 | 0 |
| Kosten des Ausbaus Verbindungsweg Röwen- kamp | 12.000 | 0 | 0 | 0 |
| Erschließung Baugebiet Meerkamp | 580.000 | 0 | 160.000 | 0 |
| Kosten des Ausbaus Landsberg- platz/Landsbergstraße | 0 | 75.000 | 0 | 0 |
| Erschließung Baugebiet Kerkpatt | 235.000 | 0 | 0 | 0 |
| Sanierung der Goethestraße | 100.000 | 0 | 0 | 0 |
| Ausbau Kirchsteig | 0 | 0 | 100.000 | 0 |
| Erschließung Gewerbegebiet Viehfeld II | 0 | 250.000 | 350.000 | 350.000 |
| Sanierung Göttendorfer Weg | 0 | 0 | 0 | 330.000 |
| Erschließung Südlich L 850 | 100.000 | 0 | 0 | 0 |
| Endausbau Beckkamp | 400.000 | 400.000 | 0 | 0 |
| Sanierung Merscher Weg | 0 | 0 | 65.000 | 0 |
| Endausbau Heidkamp | 0 | 130.000 | 0 | 0 |
| Ausbau der jetzigen K32 in Ameke | 0 | 0 | 250.000 | 0 |
| Zuschuss Rad- und Gehweg K 31 | 10.000 | 0 | 0 | 0 |
| Summe: | 1.437.000 | 1.205.000 | 1.065.000 | 780.000 |
| insgesamt: | | | | 4.487.000 |

Erstmalig mit in die Veranschlagung (und die Finanzplanung) aufgenommen wurden Ausbaumaßnahmen an unseren innerstädtischen sanierungsbedürftigen Straßen. Wie bereits in meiner letzten Haushaltsrede angekündigt, sind wir einen neuen Weg gegangen. Wir wollten langfristige Konzepte hier erstellen und die Bürgerinnen und Bürger sehr frühzeitig in Maßnahmen einbinden. Dieses ist verbunden mit dem Gedanken, dass in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Anlieger langfristig wissen müssen was – auch finanziell – auf sie zukommt. Denn Bürger haben nach den satzungsrechtlichen Regelungen einen Großteil dieser Ausgaben mit aufzubringen. Den nunmehr im Haushaltsplan aufgenommenen Maßnahmen ist bereits eine Bürgerbeteiligung vorausgegangen.

Eigentümerversammlungen für den Straßenausbau wurden bereits bei folgenden Projekten durchgeführt: Ameke (K 32), Kirchsteig in Drensteinfurt und Göttendorfer Weg in Rinkerode. Das Verfahren und die vorgenommenen Veranschlagungen in der Finanzplanung sind auf breite Zustimmung gestoßen. In einigen Fällen – z.B. Brink in Walstedde - wird eine Bürgerbeteiligung in Kürze vorgenommen.

Umsetzung des Stadtentwicklungskonzeptes

Die Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt war ein hervorragendes Entwicklungsprojekt. Ich möchte die erarbeiteten Maßnahmen weiter konsequent umsetzen.

Dafür werden 2006 folgende Projekte angestrebt:

- Bau eines Radweges parallel zur L 850 vom K und K bis zur Bundesstraße unter Mithilfe der Bürgerschaft. Erste Gespräche sind hier bereits geführt.
- Planung eines Radweges von Walstedde nach Mersch. Die Realisierung soll – wenn möglich – ebenfalls unter Beteiligung der Bürgerschaft durchgeführt werden.
- Planung von P u. R. Anlagen an den Bahnhöfen Rinkerode und Mersch zur Beantragung öffentlicher Mittel
- Gestaltungskonzept für die Innstadt Drensteinfurt mit Beteiligung der Kaufmannschaft

Kanalbau

An dieser Stelle widme ich mich eigentlich den Investitionsmaßnahmen im Kanalbereich. Da Sie jedoch den Beschluss zur Gründung des Abwasserwerkes gefasst haben, bleiben diese Investitionsmaßnahmen je-

doch der weiteren Betrachtung im Rahmen des noch aufzustellenden Wirtschaftsplans 2006 für das Abwasserwerk vorbehalten.

Friedhof

Für die Friedhofsüberplanung sind Mittel bereit gestellt, ebenso für die sofortige Umsetzung von Einzelmaßnahmen in Höhe von 16.500 €.

Schulen

In der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur am 01.12.05 wurde der Schulentwicklungsplan von Ihnen beschlossen. Sie wissen daher, dass eine Erweiterung der Realschule zum Schuljahresbeginn 2007/2008 unumgänglich sein wird.

Auf der Grundlage des von Ihnen beschlossenen Schulentwicklungsplanes enthält der Haushaltsplan 2006 daher entsprechende Anfinanzierungskosten in Form von Planungskosten sowie entsprechende Verpflichtungsermächtigungen für die Auftragsvergabe der Bauleistungen.

Neben Mitteln für die weitere Umsetzung des BGS-Konzeptes – des Lernens mit neuen Medien – in diesem Fall sind es rd. 51.000 € über den gesamten Finanzplanungszeitraum, sind weitere Mittel für Sanierungs- bzw. Erneuerungsarbeiten an den Schulen vorgesehen (2006 29.300 €).

Des Weiteren wurden Mittel für die Schaffung zusätzlicher Räumlichkeiten im Rahmen des Betriebs einer Offenen Ganztagsgrundschule an der Kardinal-von-Galen Grundschule eingeplant. Für 2006 wurde hier ein Planungskostenansatz in Höhe von 30.000 € berücksichtigt. Den Baukosten in 2007 in Höhe von 300.000 € wurde eine Landeszuweisung in Höhe von 200.000 € gegenübergestellt.

Sportanlagen

Der Bereich Sport ist – bekannter Maßen – immer wieder Objekt für Wünsche und Forderungen.

Der vorliegende Haushaltsplanentwurf sieht Mittel für

- die Sanierung des Tennensplatzes Walstedde (60.000 €)
- die Erneuerung des Ballfangzauns im Erfeld (8.000 €)
- kleinere Sanierungsarbeiten an der Sportanlage Rinkerode in Höhe von 5.000 €

vor.

Wenn Sie eine Aussage über die Turnhalle Rinkerode vermissen, verweise ich auf meine letzte Haushaltsrede. Es gibt eine Absprache mit dem Sportverein Rinkerode, wonach das Thema Turnhalle erst 2007 neu auf die Tagesordnung kommt. Es soll unter den dann gegebenen finanziellen Bedingungen eine Entscheidung getroffen werden.

Des Weiteren wurden Mittel in Höhe von rd. 82.500 € für den Erwerb einer Abdeckplane für das Freibad und für die Durchführung von Pflasterarbeiten im Eingangsbereich veranschlagt. Die Investition in die Abdeckplane dürfte sich bei den derzeitigen Energiekosten bei einer Lebensdauer von 10 bis 15 Jahren spätestens nach 6 bis 7 Jahren amortisieren.

Angesichts der derzeitigen Finanzlage sehe ich mich zurzeit nicht in der Lage, weitere Beträge in den Haushalt einzustellen.

Das hat zum einen natürlich damit zu tun, dass die Projektförderung weggefallen ist, und dass stattdessen alle Maßnahmen des Sports aus der Pauschale von 40.000 € pro Jahr bzw. soweit es den Schulsportbe-

reich betrifft aus der Schulpauschale von 215.000 € gezahlt werden müssen.

Feuerwehr/Bauhof

Die größten Anschaffungen im Bereich des beweglichen Vermögens werden wie im vergangenen Jahr im Bereich des Feuerschutzes getätigt. Auf der Grundlage des Brandschutzbedarfsplanes erfolgt die Restabwicklung der Beschaffung des neuen Hilfeleistungslöschfahrzeuges für den Löschzug Rinkerode in diesem Jahr. Des Weiteren ist für 2006 die Umrüstung des Mannschaftstransportwagens des Löschzuges Walstedde zum Einsatzleitwagen und die Beschaffung eines Einsatzleitwagens für den Löschzug Drensteinfurt vorgesehen.

| Bezeichnung | HH-Ansatz 2006 in € | Finanzpl. 2007 in € | Finanzpl. 2008 in € | Finanzpl. 2009 in € | Gesamt in € |
|---|---------------------------|---------------------------|---------------------------|---------------------------|----------------|
| <u>Einnahmen</u> | | | | | |
| Verkaufserlöse | 1.000 | | | | 1.000 |
| Landeszuweisungen / Pauschale | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 200.000 |
| <u>Ausgaben</u> | | | | | |
| Beschaffung bewegl. Vermögen | 25.000 | 75.000 | 25.000 | 25.000 | 150.000 |
| Umrüstung MTW Walstedde | 10.000 | 0 | 0 | 0 | 10.000 |
| Besch. HLF 16/12 Rinkerode | 138.000 | 0 | 0 | 0 | 138.000 |
| Besch. Einsatzleitwagen Drenstf. | 80.000 | 0 | 0 | 0 | 80.000 |
| Sanierung Feuerwehrgerätehaus Walstedde (Ölabscheider) | 15.000 | 0 | 0 | 0 | 15.000 |
| insgesamt: | 268.000 | 75.000 | 25.000 | 25.000 | 393.000 |
| Eigenanteil der Stadt: | 217.000 | 25.000 | -25.000 | -25.000 | 192.000 |

Neben der Beschaffung von beweglichem Vermögen (technische und persönliche Ausrüstung, Hohlstrahlrohre, usw.) ist die komplette Erneuerung des Ölabscheiders in Walstedde erforderlich. Das Investitionsvolu-

men im Bereich der Feuerwehr beläuft sich von 2006 bis 2009 auf knapp 400.000 €.

Im Bereich des Baubetriebshofes steht eigentlich der Ersatz zweier Großgeräte nämlich des MB-Trac und des Schmalspurtraktors an. Auch wird versucht, durch eine Umstellung in der Mähtechnik die Investitionskosten so gering wie möglich zu halten. Die Umstellung auf die neue Mähtechnik erlaubt insbesondere auf verwinkelten Flächen wie Spielplätzen eine effektivere und damit wirtschaftlichere Arbeitsweise. Die Investitionskosten belaufen sich nach Abzug der erwarteten Verkaufserlöse dennoch auf rd. 110.000 €. Bei immer weniger Personal und immer mehr zu pflegenden Flächen, kann nur noch über die Investition in Maschinen die Arbeit geleistet werden.

Beteiligung an den Krankenhausinvestitionskosten

Neu aufzunehmen war bereits in 2002 die Beteiligung der Stadt Drensteinfurt an den Investitionskosten im Krankenhausbereich. Diese Ausgabe, auf die die Stadt Drensteinfurt keinen Einfluss hat, schlägt sich im Jahr 2006 mit rd. 83.000 € in der Veranschlagung nieder. Nur zur Information: einschließlich dieses Ansatzes hat die Stadt Drensteinfurt seit 2002 einen Gesamtbetrag in Höhe von rd. 372.000 € an Umlagen gezahlt. Ein Betrag, der für städtische Investitionen fehlt.

Allgemeine Beschaffungen

Darüber hinaus wurden im Vermögenshaushalt weitere Mittel für den Erwerb von Mobiliar und die Erneuerung von Teppichböden in der Verwaltung bereitgestellt.

Einnahmen Vermögenshaushalt

Die Ausgaben des Vermögenshaushaltes im Jahre 2006 in Höhe von rd. 5,2 Mio. € werden u. a. durch Investitionszuweisungen gedeckt. Hier sind zu nennen

- die Investitionspauschale in Höhe von rd. 450.000 €,
 - die Schulpauschale in Höhe von rd. 215.000 €,
 - die Sportstättenpauschale in Höhe von rd. 40.000 €,
 - die Feuerschutzpauschale in Höhe von rd. 50.000 €,
 - Landeszuweisung Denkmalschutz Sanierung Synagoge 20.000 €
- macht in der Summe einen Betrag von rd. 775.000 €.

Den mit Abstand größten Posten der Einnahmen des Vermögenshaushaltes stellen die Verkaufserlöse mit rd. 2.290.000 € dar. Hiervon entfallen allein auf das Baugebiet Meerkamp 1.980.000 €. Des Weiteren wird mit Einnahmen aus Erschließungsbeiträgen in Höhe von 1.570.000 € gerechnet. Auch hier beträgt der Anteil des Baugebietes Meerkamp allein 1.251.000 €.

Die restlichen Einnahmen des Vermögenshaushaltes in Höhe von rd. 550.000 € ergeben sich aus der haushaltsrechtlichen Verpflichtung zur Verbuchung der Entnahme aus der allgemeinen Rücklage zur Deckung des Fehlbedarfes des Verwaltungshaushaltes und einer weiteren Entnahme aus der Sonderrücklage für den Ausgleich des Gebührenhaushaltes Abfallbeseitigung.

Kredite

Wie Sie aus der gutachterlichen Stellungnahme zur Gründung des Abwasserwerkes wissen, sind nahezu sämtliche Darlehensverpflichtungen der Stadt, zum Ende dieses Jahres belaufen sich diese auf rd. 3,8 Mio. €, dem Abwasserwerk zuzuordnen. Lediglich eine Restverschuldung von rd. 120.000 € verbleibt im Kernhaushalt der Stadt. Da ein Teil dieser Darlehen in 2006 zur Umschuldung ansteht, ist beabsichtigt, diese Restschuld außerordentlich zu tilgen. Der Kernhaushalt der Stadt –Drensteinfurt ist damit schuldenfrei.

Darüber hinaus ist über den gesamten Finanzplanungszeitraum keine Neuaufnahme von Darlehen vorgesehen.

Rücklagen

Die Stadt Drensteinfurt verfügte am 01.01.2005 über einen Rücklagenbestand in Höhe von rd. 5,1 Mio. €. Für den Ausgleich des laufenden Haushaltes ist eine Entnahme in Höhe von rd. 1,6 Mio. € vorgesehen. Aus den eingangs bereits erwähnten Gründen, kann die Entnahme voraussichtlich etwas geringer gehalten werden, so dass sich der nachfolgend aufgeführte Rücklagenbestand noch ein wenig erhöhen dürfte.

| | Verwaltungsh. | Vermögensh. | Gesamt |
|------------------|---------------|-------------|-------------|
| Bestand 01.01.06 | | | 3.505.246 |
| 2006 | - 474.990 | 0 | - 474.990 |
| 2007 | - 1.121.340 | - 598.665 | - 1.720.005 |
| 2008 | - 109.740 | - 245.060 | - 354.800 |
| 2009 | 0 | + 461.520 | + 461.520 |
| Gesamt | | | 1.416.971 |

Der Mindestrücklagenbestand von rd. 357.000 € wird am Ende des Jahres 2009 voraussichtlich um rd. 1,1 Mio. € überschritten.

Schlussbetrachtung

Meine Damen und Herren damit komme ich auch schon zum Abschluss meiner Haushaltsrede. Auch wenn der Haushaltsplanentwurf nicht in allen Belangen Ihren Wunschvorstellungen entsprechen mag, so zeigt er doch zukunftsweisende Wege auf, auch in den nächsten Jahren die Investitionskraft und die Entwicklung der Stadt Drensteinfurt weiter voranzubringen.

Wir investieren erheblich und haben einen relativ schlanken Verwaltungshaushalt.

Solange wir es schaffen, den Verwaltungshaushalt – wenn auch nur beim Jahresabschluss – auszugleichen, brauchen wir an den freiwilligen Leistungen nicht rütteln. Wird es absehbar, dass wir langfristig in eine strukturelle Schieflage gelangen (z.B. neue Belastungen aus Harz IV, weitere Einnahmeverluste bei den Schlüsselzuweisungen) werde ich Ihnen drastische Sparvorschläge unterbreiten.

Bei unerwarteten Veränderung der Einnahmesituation im Verwaltungshaushalt können wir noch mit der Verschiebung von Projekten im Vermögenshaushalt reagieren.

Die sparsame Haushaltsführung sollte fortgesetzt werden.

Unser gemeinsames Ziel sollte es sein, die Schuldenfreiheit beizubehalten.

Der ausgeglichene Haushalt 2005 und die ausgeglichene Finanzplanung einschließlich des Jahres 2009 zeigen deutlich, dass die Stadt Drensteinfurt für eine weitere zukünftige positive Entwicklung gerüstet ist.

Das wir in dieser Situation sind, ist nicht mein Verdienst, sondern der Verdienst meines Vorgängers – Herrn Wiewel- und der Verdienst der Politik, die diesen Weg der nachhaltigen Haushaltsführung mitgegangen sind. Dafür gebührt Ihnen Dank!

Dank auch den Kolleginnen und Kollegen im Hause der Verwaltung für die stets sehr gute Arbeit. In diesem Fall besonders Ihnen Herr Burlage und Ihrer Mannschaft. Die Aufgaben nehmen weiter zu und die Mittel werden immer knapper. Daher ist jeder Einzelne voll gefordert.

Meine Damen und Herren,

ich darf Ihnen nun den Entwurf der Haushaltssatzung 2006 mit dem Finanz- und Investitionsplan 2005 – 2009 nun offiziell überreichen. Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen frohe Festtage und uns gemeinsam weiterhin gute und ertragreiche Beratungen in den Fraktionen, in den Fachausschüssen und im Rat.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.